

Teil 11: Zukunft der EU

Sagen Sie mal, Herr Thies, ist die Europäische Union schon dem Untergang geweiht – oder gibt es noch Anlass zur Hoffnung?

Es besteht noch Hoffnung, allerdings kann es nicht so weitergehen wie bisher. Noch weniger aber ist ein Zurück zu den alten Nationalstaaten möglich. Diese sind, wie der US-Soziologe Daniel Bell bereits 1977 feststellte, in unserer Zeit für die großen Probleme zu klein und für die kleinen Probleme zu groß. Für die kleinen Probleme braucht man bürgerschaftliches Engagement und kommunale Demokratie, vor allem föderale Strukturen. Zentralistische Staaten geraten, wie man an Spanien und Großbritannien beobachten kann, unter Druck. Sollten sich aber Katalonien und Schottland abspalten, wären beide auf die Integration in die EU angewiesen.

Noch dringlicher sind die großen Probleme des 21. Jahrhunderts, die ich nur stichwortartig aufzählen kann: Klimawandel und Ressourcenverknappung, Atomwaffen und Atomenergie, der globalisierte Kapitalismus und die Macht der neuen digitalen Weltkonzerne, Bevölkerungswachstum und Migrationsbewegungen, der internationale Terrorismus und andere Formen grenzüberschreitender Kriminalität, militärische Konflikte und humanitäre Katastrophen usw.

Angesichts all dieser Herausforderungen und Gefahren sind einzelne Nationalstaaten machtlos. Bedenken Sie bitte, dass Deutschland, obwohl nach Russland das europäische Land mit den meisten Einwohnern, bald nur noch 1% der Menschheit stellt und tendenziell bedeutungslos wird. Insofern führt an politischen Zusammenschlüssen übernationaler Art kein Weg vorbei. Im schlimmsten Fall kommt es in zwei oder drei Jahrzehnten zu gewaltigen Krisen, die dazu zwingen. Aber schon jetzt wird wohl die Außenpolitik der neuen US-Regierung mehr Selbstständigkeit Europas verlangen.

Damit ist allerdings nicht gesagt, dass der europäische Einigungsprozess auf dem richtigen Weg ist. Vereinigte Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA können nicht das Ziel sein. Dafür sind die historischen und kulturellen Unterschiede in Europa viel zu groß; man denke nur an die verschiedenen Sprachen, die – anders als bei den Auswanderern nach Amerika – keiner aufgeben will. Sinnvoll ist nur ein Staatenverbund. Man müsste jedoch unterschiedliche Formen, Ebenen und Geschwindigkeiten der politischen Kooperation erproben. So ist gegen den Zusammenschluss einiger osteuropäischer Länder zur Visegrád-Gruppe nichts einzuwenden – ebenso wenig aber dagegen, wenn Deutschland sich geeignete Partner für seine Projekte suchen würde.

Darüber hinaus sollte es möglich sein, bestehende Strukturen wieder abzubauen und so auch frühere Fehler zu korrigieren. Der größte Fehler war wohl die Einführung des Euro, überhaupt die Konzentration auf die wirtschaftliche Seite der europäischen Integration. Die ökonomischen und finanzpolitischen Probleme sind seit Jahren nicht gelöst; die soziale Ungleichheit in Europa wächst. Mir scheinen die Expertenstimmen recht zu haben, die die Einführung zweier Euro-Zonen fordern, einer nördlichen und einer südlichen. Im Gegenzug müsste man aber in den

jeweiligen Währungsgebieten schrittweise die Steuer- und Haushaltspolitik zusammenführen – mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse durch Transferzahlungen so anzugleichen wie jetzt innerhalb Deutschlands durch den Länderfinanzausgleich.

Schließlich darf man die Kooperationsformen jenseits der EU nicht vergessen: die OSZE, die NATO und vor allem die UNO. Denn viele Probleme des 21. Jahrhunderts erfordern nicht nur europäische, sondern sogar globale Lösungen.

(PASTA!, Februar 2017, S. 30/31)